

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 2000.— M., bei Selbstabholung 1780.— M. — Preis der Einzelnummer 80.— M. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24598. Telefon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721. **Postfachkonto Nr. 63477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — Telefon 24598

Inseratenpreise: Die 10gespaltene Kolonetzelle ober deren Raum 200.— M., bei Platzvorschrift 250.— M.; Familiennachrichten von Privaten, die 10gespaltene Kolonetzelle 75.— M. — Reklame-Kolonetzelle 1000.— M. Schluss der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der englisch-französische Gegensatz.

Angriffe der Times gegen Frankreich.

London, 2. Februar. (W.B.) Die Times schreiben in einem offensichtlich inspirierten Leitartikel, der Sturm, der sich in Europa aufammenzieht, könne England nicht gleichgültig lassen. Ein Sanktionsstrahl schimmere immer noch in Lausanne. Dort könne es immer noch möglich sein, trotz zahlreicher Widrigkeiten das Zusammenwirken zwischen Frankreich und England aufrechtzuerhalten, das bisher als die Hauptstütze des Friedens in Europa anerkannt worden sei. In England herrsche sicher der Wunsch, daß die Entente aufrechterhalten bleibe. Die Tatsache bleibe bestehen, daß bezüglich des Reparationsproblems die Franzosen ohne britische Zustimmung oder Berücksichtigung eine Aktion unternommen hätten, die die ernstesten Folgen für den Frieden Europas in sich birge. Es sei sehr natürlich, daß das britische Volk die wirklichen Beweggründe hierfür zu wissen wünsche.

Der Artikel schließt: Mit der Politik, die die Franzosen jetzt im Ruhrgebiet verfolgen, einer Politik, die England die größte Besorgnis für die Zukunft Europas und der Welt verursacht, bezieht sich die französische Regierung, die wissen muß, daß Großbritannien vollkommen entgegengelegelter Ansicht ist, auf die Sanktionen des Vertrages, der das Ergebnis der gemeinsamen Anstrengungen aller Mächte ist, die im Kriege unterworfen waren. England ist nicht um Rat gefragt worden. Die Franzosen sind in das Ruhrgebiet vorgezogen, haben eine blühende Industrie desorganisiert, das Bestehen europäischer Verbindungsmittel in Unordnung gebracht, das Ruhrgebiet vom rechtsrheinischen Deutschland abgetrennt, ihm das Kohlerecht auferlegt und in Deutschland den Geist des Widerstandes und rassistischer Mißachtung der durch den Friedensvertrag ihm auferlegten Verpflichtungen erweckt, was wahrscheinlich das gesamte Werk des Friedens in vollständige Zerschmetterung bringen wird. England hat seinen Anteil an all diesen Dingen und muß trotzdem die Folgen tragen. Wenn die französische Regierung in ihrer blinden Leidenschaft für irgendwelche eigenen dunklen Pläne selbst so weit geht, die Hoffnung auf Frieden im nahen Osten zum Scheitern zu bringen, so wird das englische Volk zu fühlen beginnen, daß die Entente praktisch zu Ende ist.

Französisch-türkischer Sonderfrieden?

Lausanne, 3. Februar. (W. Z.) Am Sonnabendnachmittag wird Lord Curzon mit Jemal Pascha eine, wie man annimmt, entscheidende Besprechung haben. Wahrscheinlich wird sich die Konferenz unter Teilnahme Englands noch zwei bis drei Tage hinausziehen. Frankreich hat tatsächlich die türkischen Delegation in Lausanne seit Anfang voriger Woche bereits wissen lassen, daß es Frankreich erwünscht sei, wenn die Türkei den Vertrag von Lausanne nicht unterzeichnet. In der englischen Delegation erklärt man, daß es die französische Politik habe zuwege gebracht, daß Jemal Pascha Herr der Konferenz geworden ist und die englische Delegation nun ihrerseits ruhig abwarten werde, was er tun wird.

Pessimistische Stimmen aus Frankreich.

Berlin, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Philipp Millet gibt in einem Artikel unumwunden zu, daß Deutschland die erste Partie an der Ruhr gewonnen habe. Er widerspricht den offiziellen Versicherungen, daß die Reichsregierung bald zu Verhandlungen bereit sein werde und daß die Absperrung der Kohlenzufuhr Deutschland in kürzester Zeit würde machen würde. Es sei nicht zu hoffen, daß Deutschland bald verständlich werde, denn der Kohlenmangel, auf den es vorbereitet sei, werde keinen großen Effekt machen. Millet sagt, der Erfolg der französisch-belgischen Aktion werde sich erst dann einstellen, wenn es gelinge, den Kohlentransport nach Belgien und Frankreich in ausreichendem Maße durchzuführen. Auch andre Zeitungen warnen vor Optimismus. So sagt die Courrière industrielle, daß die Kohlenzölperre nur einen Teilerfolg bringe werde und warnt vor Überhebung der Besatzung, weil die französische Regierung bei ihrer Aktion auf drei Elemente Rücksicht nehmen müsse: die Beschränkung der materiellen und technischen Mittel; die Notwendigkeit einer „aktiveren Politik“ und den geschlossenen Rahmen des Versailler Vertrages. Deutschland scheint entschlossen zu sein, wenigstens drei Monate auszuhalten, und die schweren Folgen, die dem Volke drohen könnten, willig zu tragen. Frankreich müsse sich gleichfalls darauf einstellen, lange auszuhalten. Deutschland könne nicht ganz blockiert werden, da Frankreich nicht die Macht über die Meere habe. Aber dafür sei es möglich, das Ruhrgebiet selbst noch gründlicher abzusperrten.

Internationale und Ruhrfrage.

SPD. Am Mittwoch trat in Brüssel der Generalkonferenz (Parteiausschuss) der belgischen Arbeiterpartei zusammen, um Stellung zur Frage der Ruhrbesetzung zu nehmen. Anwesend war auch der aus dem Ruhrgebiet zurückkehrende englische Genosse, Wuzion, der dem Partiausschuss über seine Eindrücke folgende Ausführungen machte:

„Alle Arbeiter sind völlig einig in der Auffassung, daß es für sie unmöglich ist, unter den Bedingungen zu arbeiten. Sie betrachten das französisch-belgische Vorgehen als einen Verstoß gegen das Völkerrecht. Sie versichern unaufhörlich und mit Nachdruck, daß ihr Land wieder gut machen muß und bekämpfen die wilde Welle des Nationalismus, die Deutschland zu überflutet droht. Das Glend der Arbeiter ist groß; ich habe bei einem Bergarbeiter gewohnt; das Kind von drei Jahren erhielt nicht mehr als einen halben Liter Milch in der Woche; die Kosten für die Lebenshaltung steigen verhängnisvoll; die Nachrichten der bürgerlichen Presse über die Lage sind ganz falsch. Ich habe keinen Haß gegen die belgischen und französischen Soldaten festgestellt; es ist welcher dorthin, und zwar nimmt er zu, gegen die Führer und gegen die Regierenden, und das ist gefährlich.“

Der Partiausschuss beschloß dann, an den Genossen Wuzion nach Paris folgendes Telegramm abzuschicken: „In der gegenwärtigen Situation erblickt die belgische Arbeiterpartei ein eventuelles Eingreifen des Völkerbundes in der Ruhrfrage als einziges Mittel, Europa vor schweren Ereignissen zu bewahren. Wir wenden uns an Sie, wenn möglich, den Völkerbund mit dieser ersten Frage befaßt. Brief folgt.“

SPD. Die Parteien der sozialistischen Internationale sind eifrig bemüht, während der gespannten außenpolitischen Lage in möglichst enger Fühlung zu bleiben und etwaige Verhandlungsmöglichkeiten zwischen Deutschland und Frankreich auszunutzen. Nachdem der sozialistische englische Abgeordnete Burton sich vor einigen Tagen in Berlin aufgehalten und mit Politikern verschiedener Richtungen Rücksprache genommen hat, reist jetzt Genosse Breitscheid nach England.

Zwei neue Armeekorps aus Frankreich.

Berlin, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Im Ruhrgebiet verläutet, daß zwei weitere französische Armeekorps im Anmarsch seien, für die bereits Quartier gemacht werde. Der Eisenbahnverkehr ist weiter unregelmäßig. Die Kohlentransporte aus dem Ruhrrevier werden mehr und mehr verhindert. Die staatlichen Zechen müssen ihre Förderung auf die Halben kürzen, weil die Abfuhrmöglichkeit fehlt. Auch die Kohlenzüge für Holland und Italien sind angehalten worden. Die Sperre ist nach dem Berliner Tageblatt jetzt vollständig durchgeföhrt. Das Loch im Norden, durch das am 1. Februar noch einige Züge gebracht werden konnten, ist ebenfalls geschlossen.

Ein englisches Zeugnis für den deutschen Erfüllungswillen.

London, 3. Februar. Daily Herald widmet dem gestern in der Times veröffentlichten Schreiben des früheren Vorsitzenden der Essener interalliierten Reparationsbehörde Headley einen Leitartikel. In diesem stellt Headley fest, daß er während der drei Jahre, wo er Vertreter der britischen Regierung in der Essener Reparationskommission war, niemals einen Fall vorzüglichem Widerstandes der Zechenbesitzer und Bergarbeiter gegen die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen des Versailler Vertrages gefunden habe. Das Blatt schreibt: Endlich lassen Männer von sich hören, die seit langem hätten reden sollen. Wie es mit der Kohle gewesen, so sei es auch mit andern Teilen des Friedensvertrages gewesen. Die deutschen Behörden, so ungerecht auch viele von ihnen die Bedingungen gefunden hätten, und so phantastisch auch die Reparationssumme gewesen sei, hätten ihre Äußerstes getan, um die Reparationen zu leisten, wenn sie anständig behandelt worden wären. Sie würden jedoch schimpflich behandelt, weil die englische Nation getäuscht worden sei.

Tagung des Völkerbundesrates.

Vermehrung der französischen Gendarmen im Saargebiet.
Paris, 2. Februar. Der Völkerbundsrat hat gestern die Regierungskommission des Saargebietes ermächtigt, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung die lokale Gendarmen zu verstärken. Die Regierungskommission wird aufgefordert, demnächst dem Völkerbundsrat ein Programm hierfür vorzulegen. Der Rat stimmte der Verwendung der französischen Gendarmen als Polizei und der französischen Truppen im Saargebiet zu. Der Rat ist auch ferner der Ansicht, daß man die Frage der Jurisdiktion der französischen Gerichte nicht zu erörtern habe, da sich kein Fall dieser Art mit seinem Beschluß vom 20. Juni 1921 ereignet habe. Der Rat nahm Kenntnis von dem Bericht, der über die Archive des Saargebietes von dem Direktor des Völkerbundes, Bouzon, erstattet worden ist. Nach seiner Ansicht müßten diese Dokumente im Hinblick auf die Volkssabstimmung im Saargebiet unter den besonderen Schutz des Völkerbundes gestellt werden.

Paris, 2. Februar. Der Völkerbundsrat behandelte heute vormittag ein polnisches Memorandum sowie ein Schreiben des Bromberger Deutschbundes über die Minderheitenrechte der Deutschen in Polen. Angesichts der zur Zeit zwischen Deutschland und Polen in Dresden geföhrteten Verhandlungen über die gegenseitigen Rechte der deutsch gewordenen Polen wurde jedoch kein Beschluß gefaßt. Der Rat, der das Ergebnis der Dresdener Verhandlungen abwarten will, wird sich entweder diesem anschließen oder die Angelegenheit dem internationalen Schiedsgerichtshof überweisen. In der Frage der Minderheiten in Estland und Lettland beschloß der Rat, die von den beiden Regierungen vorgelegten Entwürfe an die nächste Völkerbundsversammlung weiterzuleiten.

Der Rat, der wahrscheinlich morgen seine Arbeiten beenden wird, berät heute nachmittags über die Lage der kleinasiatischen Flüchtlinge.

Niederlage der Kommunisten in den Engelsdorfer Eisenbahnwerkstätten.

In den Engelsdorfer Betriebswerkstätten versuchte der kommunistische Betriebsrat ebenso wie in anderen Betrieben eine Resolution für die Bildung der Arbeiterregierung durchzudrücken. Nachdem sich unsere Genossen gegen den kommunistischen Antrag gewandt hatten, wurde dieser mit großer Mehrheit abgelehnt. Es ist bekannt, daß die Engelsdorfer Werkstätten bisher eine Hochburg der Kommunisten war, wo sie auch den Betriebsrat vollständig in ihrer Hand haben.

Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 38000 M.

Die Einweihung des Völkerschlachtdenkmals.

Von Paul Lange.

Der ehemalige österreichische Generalstabschef Konrad von Höhendorf hat unlängst den dritten Band seiner Erinnerungen herausgegeben. Er hebt wiederum hervor, daß er seit 1906 bis zum Jahre 1913 ununterbrochen zum Kriege gegen Serbien gehetzt hat, um es einzuverleiben.

In diesem dritten Bande werden namentlich die Ereignisse des Jahres 1913 geschildert. Die darin enthaltenen Dokumente zeigen aufs neue, daß in Deutschland und Oesterreich das Militär allmächtig war. Das Militär war es, das tatsächlich regierte; und sowohl in Berlin und Wien als das Auswärtige Amt nicht viel mehr als eine Maskenverleihanstalt, deren sich die Herren Generale nach Bedarf bedienten. Höhendorf hatte ohne Vorwissen des österreichischen Außenministers im Frühjahr 1913 die Albanier zum Kriege gegen Serbien bewaffnet; er sucht es zwar gescheitlich so darzustellen, daß der Leser die Auffassung gewinnen kann, es sei nur bei der Absicht zu diesem Vorhaben geblieben. Der Außenminister Graf Berchtold schrieb im Februar 1913 wegen dieser Waffenlieferung bescheidenlich an den Generalstabschef Höhendorf:

„Ich muß begreiflicherweise den größten Wert darauf legen, über die Absichten des k. u. k. Generalstabes in Albanien genau orientiert zu werden, um mir die Möglichkeit zu wahren, gegen jene Maßnahmen, die mir vom Standpunkt der auswärtigen Politik nicht opportun oder gar bedenklich erscheinen, rechtzeitig Einspruch erheben zu können.“

Der Generalstabschef wird also nicht als eine der Regierung unterstellte, sondern als eine gleichberechtigte Instanz behandelt. Höhendorf antwortete darauf:

„Ich rechne noch immer mit dem kriegsrischen Einschreiten der (österreichisch-ungarischen) Monarchie gegen Serbien, weil ich in dem Grobwerden dieses Staates eine entscheidende Gefahr für die Monarchie erblicke, welche Gefahr je später desto schwerer zu beseitigen ist.“ Ich glaube, daß schon die Frage der Abgrenzung Albaniens, will die Monarchie nicht zurückweichen, zu einem Konflikt führen wird. Kommt es zu diesem, so ist es von höchster Wichtigkeit, daß serbische Kräfte durch eine albanische Insurrektion gebunden werden. Es besteht daher die Absicht, den Albanesen hierzu Waffen (Anm. d. Verf.: die in Deutschland gekauft waren.) zu liefern. Als solche sind etwa 12000 Gewehre bestimmt.“

Sonderbare Zustände! Der österreichisch-ungarische Außenminister Berchtold wußte von diesem Waffengeschäft, das doch dem österreichischen Staate Geld kostete, nichts! Berchtold bemerkt aber, die türkische Bottschaft sei davon unterrichtet! Das ganze Buch Höhendorfs ist eine schriftliche Darlegung und Urkundensammlung dafür, wie Oesterreich (d. h. seine militärischen Machthaber) alle nur erdenklichen Kräfte gesponnen hat, um es unter allen Umständen zum Kriege gegen Serbien und Montenegro zu treiben. Höhendorf hatte dabei das Gefühl, von Deutschland nicht genug unterstützt zu werden.

Mittlerweile kam der Oktober 1913 heran. Die Ermunterung der Albanier durch die Oesterreicher hatte ihre Wirkung nicht verfehlt. Oesterreich führte mit den Leibern der Albanier Krieg gegen Serbien. Nun bereitete daselbst Oesterreich eine diplomatische Note vor, Serbien möge seine Feindseligkeiten gegen Albanien einstellen. In der österreichisch-ungarischen Ministerratsitzung vom 3. Oktober 1913 schlug Höhendorf vor,

„daß sich um entweder Serbien loyal komplett angliedere in einem Verhältnis wie etwa Bayern zum Deutschen Reiche, oder daß man zur offenen Feindschaft übergehe, wozu jetzt der günstigste Moment sei. . . . Man müsse Serbien sofort fragen und eine umgehende Antwort, ja oder nein, verlangen, ohne ihm oder den Großmächten Zeit zu lassen.“

Der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza warnte, ganz Europa werde sich auf Serbiens Seite stellen. Der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgkh sagte:

„Eine Auseinandersetzung mit Serbien und eine Demütigung desselben sei die Lebensfrage der (österreichisch-ungarischen) Monarchie. Wenn dieselbe heute nicht erfolgen könne, so müsse man sich doch gründlich darauf vorbereiten.“

Darauf erwiderte Konrad von Höhendorf nach dem von ihm abgedruckten amtlichen Protokoll:

„Er freue sich darüber, daß der friedliche Weg von so kompetenten Stellen als ausgeschlossen hingestellt wird, daß daher nur der gewaltsame erübrigt, aber er glaube, daß man den Krieg führen müsse, sobald die Chancen günstig seien.“

Die Chancen wurden zusehends günstiger. Russische, schwedische, deutsche und österreichische Prinzen und Militärs reisten nach Leipzig und versammelten sich Mitte Oktober hier zur Einweihung des Völkerschlachtdenkmals. Alles schien so harmlos, so friedlich gestimmt! Das war für die österreichischen Kriegstreiber gerade der rechte Augenblick, gegen Serbien vorzugehen. Am 18. Oktober schickten sie eine diplomatische Note an Serbien; es möge seine Truppen über die serbisch-albanische Grenze zurückziehen. Die Oesterreicher, die durch albanische Banden den Krieg gegen Serbien führten, waren der Meinung, daß Serbien diese Forderung gar nicht erfüllen könne und nicht erfüllen werde und somit ein Kriegsvorwand für Oesterreich gegeben sei.

* Die zwei ersten Bände sind hier vor kurzem von demselben Verfasser besprochen worden. Red.